

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

25.2.1849 (No. 48)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. Februar.

N. 48.

1849.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 23. Febr. (176. Sitzung.) Der Abg. Fuchs erfüllt heute seine neuliche Drohung. Sechs Minuten nach 9 Uhr wird eine Zählung angeordnet, aus welcher sich ergibt, daß allerdings Viele fehlen.

Tagesordnung: weitere Beratung des Reichs-Wahlgesetzes. Mehrere Redner werden aufgerufen, aber sie sind noch nicht im Hause. (Gelächter.)

§. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Moriz Mohl will, daß politische Verbrecher, welche durch die vorangegangenen Paragraphen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, das Recht, gewählt zu werden, haben sollen. Er macht darauf aufmerksam, daß bis jetzt weder die Freiheit noch die Einheit gesichert, daß zur Befestigung beider Güter vielleicht noch große Stürme nöthig seyen, und daß daher die Klugheit rathe, für muthige Kämpfer Sorge zu tragen und ihnen eine Laufbahn offen zu halten.

Moriz Hartmann, der Dichter, spricht sehr poetisch gegen das erste Minoritätsverbot zu §. 5, welches verlangt, daß ein Volksvertreter 30 Jahre zählen müsse (statt der im Entwurfe vorgeschlagenen 25). Es gebe junge Herzen mit grauen Haaren, und abgewetzte Menschen mit 20 Jahren. „Meine Herren! bestimmen Sie gar kein Alter für die Wählbarkeit, sondern lassen Sie dem Volke freie Hand. Daß es keinen Dummkopf wählen wird, dürfen Sie versichert seyn.“

Gevekoht aus Bremen bekämpft gleichfalls den Entwurf, aber nicht als Dichter, sondern als Mann von gesundem Menschenverstand. Er verlangt die Aufnahme einer Bestimmung des Inhalts, daß Einer, ehe er zum Volksvertreter gewählt werden kann, erst wenigstens 3 Jahre als Bürger in dem Staate gelebt haben muß, wo man ihn wählen will.

V. Linde setzt weitläufig auseinander, daß ganz andere Eigenschaften nöthig seyen, um gewählt zu werden, als um zu wählen. Auf diese Grundlage hin empfiehlt er sodann einen von ihm eingebrachten Verbesserungsvorschlag, der so lautet:

Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und durch Grundbesitz, Gewerbe, ein öffentliches Amt, oder durch ein steuerbares Einkommen die eigene unmittelbare Betheiligung an den allgemeinen Staatsinteressen verbürgt.

Wiederholtes Murren unterbricht den Redner. Nachdem er geendet, wird Schluß der Debatte verlangt und genehmigt.

Als Berichterstatter des Ausschusses vertheidigt Scheller aus Frankfurt a. D. den Entwurf, indem er in Kürze zeigt, daß derselbe viel freisinniger sey, als das englische, das norwegische, das nordamerikanische, das französische Wahlgesetz.

Man schreitet zur Abstimmung. Mehrere Verbesserungsvorschläge werden verworfen. Auch der Entwurf erhält keine Mehrheit. Die Fassung, welche durchdringt, lautet so:

Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit wenigstens 3 Jahren einem deutschen Staate angehört hat.

Letzterer Besatz wird durch Zettel mit 234 gegen 188 Stimmen angenommen.

Sofort kommt der Vorschlag Linde's zur Abstimmung. Auch nicht ein einziger Abgeordneter erhebt sich für denselben. Schallendes Gelächter.

Zuletzt wird über die Verbesserung von Moriz Mohl abgestimmt, welche so lautet:

Ersthande oder erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wählbarkeit nicht aus.

Aufstehen und Sigen gibt kein Resultat; Zettel werden verlangt und liefern folgende Ziffer: 217 für, 209 gegen. Der Zusatz ist angenommen.

§. 6. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten.

Der Präsident stellt die übliche Frage, ob das Haus auf die Diskussion verzichten wolle oder nicht? Mehr als hundert Abgeordnete erklären durch Aufstehen, daß sie nicht verzichten wollen.

Grävell, der unumgängliche, unsäglich weitläufige Antragsteller, besteigt die Bühne. Augenblicklich beginnt sich das Haus zu leeren. Ich habe wenig von den Worten des Redners verstanden; doch merkte ich, daß er verlangte, Beamte, die in das Volkshaus gewählt würden, sollten einen Abzug ihrer Besoldung erleiden.

Tafel aus Zweibrücken verlangt, daß der Paragraph noch schärfer für die Freiheit gefaßt werde. Es gebe öffentliche Diener, welche nicht unter den Begriff „Staatsdiener“ fallen, und doch von Regierungen in Ausübung bürgerlicher Rechte gehindert werden könnten, wie z. B. Gemeindefürsorge, Kirchenbeamte; auch diese müsse man schützen.

Linde spricht sich dahin aus, daß Beamte nur dann ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten in das Volkshaus eintreten sollten, wenn sie sich bereit erklären, auf ihr Amt zu verzichten; mit andern Worten, der Redner ist der Meinung, daß

Beamte nicht ohne Urlaub ihrer Regierungen Volksvertreter werden können.

Man schreitet zur Abstimmung. Der Entwurf fällt durch. Ein Verbesserungsvorschlag von Günther, befragend:

Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden u. s. w., bedürfen keines Urlaubs —

wird durch Zettel mit 219 gegen 166 Stimmen angenommen.

§. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

Der Präsident verliest erst eine Reihe eingebrachter Verbesserungsvorschläge, dann die Liste der Redner, die sich gemeldet haben.

Schüler von Jena beantragt, daß ohne Rücksicht auf die Grenzen der Einzelstaaten das ganze Reich in Wahlkreise von je 100,000 Seelen eingetheilt werde.

In gleichem Sinne spricht der unübertreffliche Sigmaringer Wirth, aber nicht mit gleicher Würde, wie Schüler. Vielmehr donnert Wirth in solcher Weise gegen die kleinen Staaten, Sigmaringen, Hechingen, Lichtenstein u. s. w., so wie zugleich gegen die Großstaaten Oesterreich und Preußen, ja auch gegen die Mehrheit des Parlamentes los, daß er mehrmals theils durch das Geschrei des Hauses, theils durch den Ordnungsruf des Präsidenten unterbrochen wird.

Schubert aus Königsberg vertheidigt den Entwurf. Nachdem er abgetreten, wird Schluß der Debatte verlangt und genehmigt.

Noch spricht Rieffer aus Hamburg, als Berichterstatter des Verfassungsausschusses, zu Gunsten des Entwurfs.

Man schreitet zur Abstimmung. Die Worte des Entwurfs werden angenommen, sämtliche Verbesserungsvorschläge verworfen.

§. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die andern Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

Der Paragraph wird ohne Aenderung oder Diskussion angenommen.

§. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichs-Wahlmatrikel zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

Der Paragraph wird angenommen, erhält jedoch einem Minoritätsverbot zuliebe den Besatz: „Ersteren Staaten soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.“

§. 10. Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Wird ohne Aenderung und Diskussion angenommen. (Schluß der Sitzung.)

Zur Verfassungsfrage.

Ihrem Blatte wurde vor einiger Zeit, wenn wir nicht irren, von der Neuen Freiburger Zeitung der Vorwurf gemacht, daß es in der deutschen Verfassungsfrage nicht bestimmt genug Partei ergreife, daß es seine Spalten verschiedenen Meinungen öffne. Vielleicht haben inzwischen manche Zeitungen, und, was noch schlimmer ist, auch Staatsmänner wahrnehmen müssen, daß sie in dieser Frage zu früh und zu steif an einer Meinung festgehalten haben. Doch tadeln wir es nicht, wir erkennen es vielmehr als notwendig und wohlthätig an, daß edle Männer, getragen von patriotischem Hochgefühl, statt des entschlafenen Hohenstaufen gern einen Hohenzollern auf Deutschlands Kaiserthron gesehen hätten, und mit ihnen vereinigen wir uns in dem glühenden Wunsche für Deutschlands Macht und Größe. Das ist die unitas in necessariis, und diese wird auch die Nase, die selbst den Ultramontanismus*) in der Karlsruher Zeitung ausgewittert, nie in ihr vermischt haben. Der deutsche Kaiserthron gehört aber, wie nach den Vorgängen in Bayern und Württemberg Allen klar geworden ist, zu den rebus dubiis, für welche wir mit dem h. Augustinus Freiheit fordern.

Dieser Kaiserthron wie die Republik sind Geburten der Revolution. Sie hätten nur im Sturm errungen werden können und keine Dauer gehabt, weil unser Volk nicht reif dafür war. Die Republik in Deutschland ist eine Lüge, an die Niemand gedacht hatte, für die Niemand reif war, am wenigsten ihre Wortführer, und das Kaiserreich, das freilich ganz andere Vertheidiger hatte, ist noch zur Zeit nur eine verklungene Größe und war Dies schon, als sein Namen

*) Wir wissen nicht, ob der Dr. Korrespondent nicht der Freiburger Zeitung Unrecht thut: es könnte auch in einem andern „Journal“ gestanden seyn. Das Stichwort „Ultramontanismus“ übrigens, als von einer Partei ausgegangen, welche in kirchlichen Dingen vom Staate präventiven Polizeiwang verlangt, ist ein Beweis, daß die Leute noch gar keinen Begriff von der religiösen Freiheit haben, der doch genau dasselbe Prinzip zu Grunde liegt, wie der politischen Jesuiterei. In England und Nordamerika würde man lächeln über einen solchen Polizeiberalismus. Wir unferren uns nicht mit Kannegießern, denen ein prinzipmäßiges Denken fremd ist.

noch bestand. Wäre die Idee dafür lebendig im Volke gewesen, sie hätte durchbrechen müssen, als sich edle deutsche Fürsten für sie ausgesprochen haben. Wir sind noch lange nicht kaiserlich gesinnt. Der Deutsche hat kaum noch als Deutscher sich erkannt. Das Sonderthum steckt ihm noch in allen Gliedern und wird nicht mit einem Schlage ausgetrieben, ja es wurde durch die Verfechter des Kaiserthums nur verstärkt. Bekämpft und geläutert — vertilgt soll es nie werden — wird es für jetzt nur durch eine gemeinsame Volksvertretung, die freilich auch eine starke Zentralgewalt fordert. Was Alles außer dem Militär- und Zollwesen, außer der Flotte und der Vertretung nach außen in den Kreis dieses Erreichbaren fällt, — es wird so wenig nicht seyn und sicherlich genug, um deutschen Gemeinfinn und deutsche Vaterlandsliebe zu wecken und zu beleben. Möge es uns nur von denen, die dazu berufen sind, lebendiger als bisher vor die Seele geführt werden. Unsere Einheit und Macht könnte sich dann leicht herrlicher entfalten, als es lange Zeit im alten deutschen Reiche der Fall war.

Was für jetzt vor Allem noth thut, was den Grund und den Bestand für jede Verfassung enthält, das ist die feste und innige Vereinigung von Preußen und Oesterreich, nicht wie von zwei Reichen neben und mit einander, sondern wie von zwei Gliedern eines Reiches. Dadurch allein wird unser gefährlichster Feind, die Anarchie, bezwungen, und diese Vereinigung zu vermitteln, ist der kostbarste Edelstein für die künftige Kaiserkrone, ist eine Gagern's würdige Aufgabe, die allein aus der Noth der Nothen führt. Deutschland zuvor zu trennen, um hernach es wieder zu verbinden, so gut oder so schlecht es geht, bringt nur Zwietracht, diese aber überliefert es diesmal einem schlimmeren Feinde, als Napoleon war, und treibt die beiden großen Länder mit ihrer verschiedenen politischen Richtung auf entgegengesetztem Wege auseinander. Das war ja der Kummer, daß das Metternich'sche Oesterreich uns so fremd gewesen, und nun sollte das uns so nah gekommene uns in anderer Weise entfremdet werden!

Mögen wir über dem Streben nach einem schönen Ideal das Erreichbare nicht verlieren, und dieser erreichbare, wenn auch vom Einheitsstaate weit entfernte Bundesstaat ist für wahr nichts Geringes; es ist der Rechtsboden, den wir mit ihm betreten, und zugleich das Feld, auf dem alle Parteien, die es redlich meinen, auf welchem Parlament und Regierungen sich vereinbaren können. Keine Partei kommt dadurch oben an, jede muß nachgeben, und das Parlament gewinnt dann, indem es Maß und Ziel sich selber setzt, erst seine rechte Bedeutung, die uns und ihm so nothwendig ist. Die Männer, die jetzt ihre liebsten Wünsche scheitern sehen, mögen wohl bedenken, daß das Vaterland, wenn auch nicht dieses einen Wertes, doch ihres Wirkens bedarf. Soll aber die deutsche Zukunft eine kaiserliche seyn, so findet sie in dem Bundesstaate den Raum zu ihrer Entwicklung; von all den Hauptern fehlt kein theures Haupt, und die Kaiserkrone wird dem Fürsten und dem Stamme winken, der Deutschland am besten zu dienen wußte.

Deutschland.

— Vom Rhein, 22. Febr. Sind die „Gerüchte“ wirklich „verleumderisch“, die über die Absichten gewisser Herren gehen? Wolle Gott, es wäre so. Doch lesen wir Nr. 45 der „Republik“: — das ist eines ihrer „Organe“, und wir werden mit Augen sehen, was daran ist.

Der leitende Artikel hat zur Ueberschrift: „Pact Eux, oder —!“. Ich hebe nur folgende Stelle heraus: „Die Regierung kann für sich allein Nichts thun, sondern muß für alle Maßregeln die Erlaubniß der sogenannten Volksvertreter einholen; also sind diese Leute zunächst dafür verantwortlich zu machen, und werden auch später zur Verantwortung gezogen werden, wenn nämlich wieder ein Aufstand, ein Aufruhr, eine Empörung versucht wird und gelingt. Da Dies jedoch noch nicht geschehen ist — wir glauben, hoffen, und wünschen jedoch, daß es bald geschehen werde, — so muß man einstweilen die saubere Kunst auf dem Papier bekämpfen, und den Haß, die Erbitterung, die Wuth des Volkes gegen sie aufstacheln, damit später das Weitere erfolgen kann.“ Ist Das nicht deutlich genug, oder braucht es „reaktionärer“ Blätter, um es klar zu machen?

Sodann folgen die Nachkommen der ehemaligen „Raubritter“, so wie eine Reihe von Beinamen für Mitglieder der Zweiten Kammer, von dem „geistesarmen Tropf“ Wasser-mann bis zu Mathy, „dem Verfluchten“.

Ein Artikel aus Wien in derselben Nummer schließt mit den Worten: „Wißt, daß der Augenblick auf Sturmesflügeln herannahet, wo man euch und das ganze goitbegnadete, gefaltete, und bestialische Geschmeiß dergestalt rafeten, granaten, und brandzundern wird, daß das Volk dieser Höllebrut von gekrönten, besetzten, und geldsüchtigen Banditen, Nothzüchtern, und Raubmördern auf ewig entleibigt ist.“

So geht es durch die ganze Nummer fort. Den Schluß bildet eine „Protestation“ des Volksvereins zu Mannheim gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung in Frankfurt über die Aenderung der Regierungsform in den Einzel-

staaten. Wir werden saubere Dinge erleben, wenn es so fortgeht.

Vom Neckar, 21. Febr. Es ist eine eigene Lektüre unserer Gegner, uns vorzuwerfen, wir „verachten“ den Arbeiter und kümmern uns nicht um des Volkes, um der Armen Wohlfahrt. Weil wir sehen, daß die ewige Aufregung und Unterwühlung alles Bestehenden das Elend vermehrt, weil wir durch Vorpiegelung fabelhafter Zustände nicht das Volk täuschen wollen, wirft man uns vor, wir hätten kein Herz für des Volkes Noth, wo sie sich zeigt. Den ehrlichen Mann achten wir hoch, der durch seiner Hände Arbeit und seinen Fleiß sich nährt, aber wir halten es für Pflicht jedes Mannes, der es aufrichtig meint mit dem Wohle des Vaterlandes, Denen entgegen zu treten, welche jede Arbeit und jeden Verdienst unmöglich machen, weil sie keinen Zustand der Ordnung eintreten lassen wollen, und durch ein allgemeines Elend zum allgemeinen Wirrwarr zu gelangen hoffen. Diesen entgegen zu treten, halten wir für Pflicht, weil ihre Wirksamkeit nicht anders gehemmt werden kann, als daß man rückwärtslos ihre Grundsätze und die Folgen derselben aufdeckt, weil sonst statt der vorgespiegelten Besserung der Volkszustände das Elend über Alle hereinbrechen würde. Freilich, wenn wir auftreten gegen diese wahren Volksführer, und ihre Lehren und ihre Werke vergleichen, so müssen sie sich helfen, indem sie uns verdächtigen. Diese Waffe mag zu gebrauchen seyn; aber wo bleibt die Wahrheit, ihr Herren?

Wir sind „Volksfeinde“, weil wir, nach unserer Ueberzeugung, dem verderblichen Treiben entgegengetreten, das unser Vaterland an den Rand des Unterganges bringt, einem Treiben, in dessen Gefolge Stillstand von jedem Verkehr, Verarmung und Elend einhergeht. Wir sind „Volksfeinde“, weil wir es laut und offen aussprechen, daß die Aufhebung und Erbitterung der Besitzlosen gegen die Besitzenden uns in einen mörderischen Kampf verwickeln muß, dessen Ausgang das Elend unerträglich steigern wird. Wir sind „Volksfeinde“, weil wir abmahnen von gewaltsamen Erhebungen, von Aufrühr; weil wir verlangen, daß man auf dem geseglichen Boden und auf dem Wege des Rechts fortschreiten soll; weil wir verlangen, daß die verfassungsmäßigen Gewalten nicht von dem Ersten-Besten sollen über den Haufen geworfen werden können. Wir sind „Volksfeinde“, weil wir Schutz der nationalen Arbeit, Hebung der Gewerbe und des Handels wollen, und nicht da von Erleichterungen sprechen, wo sie unmöglich sind; weil wir glauben, der Arbeiter sey besser daran, wenn er guten Verdienst hat, als wenn man ihm noch so schöne Pläne vormacht von „Organisation der Arbeit“, von „Recht auf Arbeit und Ernährung“, während nirgends Arbeit, nirgends Brod zu erhalten ist. Wir sind „Volksfeinde“, weil wir, um es kurz zu sagen, noch an Gesetz und Recht als den einzigen Anker der Rettung festhalten. Wo stehen dann die „Volksfreunde“? Sind es Die, welche das Entgegengesetzte von Dem wollen, was wir erstreben? Die Früchte mögen zeugen von dem Baume, der sie getragen; aber ruhig wollen wir nicht zu sehen, wie das Vaterland ins Elend gestürzt wird. *)

Hastatt, 22. Febr. Auf dem heute dahier stattgehabten Fruchtmarkt wurde zu nachstehenden Durchschnittspreisen verkauft: Das Malter Kernen 10 fl. 35 kr.; Weizen 10 fl. 33 kr.; Korn 6 fl. 22 kr.; Gerste 5 fl. 24 kr.; Gemischte Frucht — fl. — kr.; Weischofn 6 fl. — kr.; Haber 3 fl. 10 kr.

Neustadt, 21. Febr. Gestern Nacht um 10 Uhr brach in einem aus Holz erbauten und mit Schindeln gedeckten Hause Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß man Nichts zu retten vermochte. In Zeit von einer Stunde war das Haus ein Aschenhaufen; ein 60jähriger Greis, der schon im Bette gelegen war, wurde das Opfer der Flammen. Nur durch schnellen und umsichtig geleiteten Hilfeleistung der Einwohner und des k. württembergischen Militärs haben wir es zu verdanken, daß die Häuser der Nachbarschaft gerettet wurden.

Stuttgart, 22. Febr. Bei dem Durchlesen der stenographischen Berichte über die Verhandlungen unserer Abgeordneten-Kammer in der letzten Zeit machen wir einen Fund, den wir nicht im Verborgenen lassen, ihn vielmehr mit dem Gefühl aufrichtiger Freude an das helle Tageslicht ziehen wollen. Unser Fund ist Nichts mehr und Nichts weniger, als der historische Rechtsboden, anerkannt von derjenigen Partei, welche ihm bisher so oft mit Verachtung den Rücken drehte, und sich und ihre politischen Beglückungs-ideen für mächtiger, als alle Erfahrungen, Belehrungen, und Berechtigungen der Geschichte hielt. Ein Führer der Oppositionspartei in unserer Abgeordneten-Kammer hat nämlich bei der Berathung des Reichs-Vertrags für die Gültigkeit der Beschlüsse der Reichsversammlung nicht bloß ihre innere Berechtigung, sondern auch das Gewicht des historischen Rechtsbodens (die Beschlüsse des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses) in Anspruch genommen. Wir wollen in das Rechtsgefühl des erwähnten Abgeordneten das bestimmte Vertrauen (wenigstens von nun an) setzen, daß er die dem historischen Rechtsboden dargebrachte Huldigung mit Bewußtseyn des Prinzips, nicht um des einzelnen vorliegenden Falles wegen öffentlich ausgesprochen hat; wir wollen ihm nicht zutrauen, daß er heute den Rechtsboden anerkennen, sich ihm aber morgen, wenn er seinen Parteizwecken entgegenstehen sollte, wieder abwenden werde; wir hoffen ferner, daß der von einem Parteiführer anerkannte historische Rechtsboden gleiche Anerkennung bei den Mitgliedern der ganzen Partei finden werde.

*) Ihr „Dreiecks-Korrespondent vom Neckar“ hat dem „Volksführer“ böses Blut gemacht. Für die Titel, die er mir beilegt, bedanke ich mich höchlich, sie gehen mich Nichts an. Da ist der „Volksführer“ angeführt worden, er sucht mich am unrechten Orte. Wenn ich die Demokraten „verleumde“, was thut denn der Landesauschuß der Volksvereine gegenüber seinen Gegnern? Da ist meine „Verleumdung“ seine Münze bei jenen großen Sorten. A. v. Korr.

Sollten wir uns hierin nicht täuschen (wir dürfen es nicht fürchten, ohne einen Mangel an Konsequenz zu unterstellen), so wären wir mit der Auferstehung des historischen Rechtsbodens in dem andern politischen Lager in ein neues, und, wie wir hoffen, glückliches Stadium unserer inneren politischen Entwicklung getreten; wir hätten nicht mehr dem Umsturz entgegen zu treten, vielmehr eine auf geseglichem Wege fortschreitende Reform mit unsern bisherigen politischen Gegnern zu vereinbaren. Wir würden die uns von der andern Seite dargebrachte Anerkennung des historischen Rechtsbodens als die Friedenspalme mit freudigem Herzen entgegennehmen, und in der Hand des bisherigen Gegners, welche uns den ersehnten Friedensboten darreichte, vollkommen versöhnt die Hand des politischen Freundes erfassen. Jedenfalls aber danken wir, und zwar öffentlich, für jene Berufung auf den historischen Rechtsboden, und glauben wenigstens unbestritten die Früchte daraus zu ziehen, daß unsere Gegner uns bei Vertretung unserer politischen Interessen eine gleiche Berufung gestatten, und ihr dieselbe Berechtigung einräumen werden, welche sie in dem vorliegenden Falle für sich in Anspruch nehmen.

Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Da aber unsere politischen Gegner die Freiheit stets so hoch anpreisen, so wollen wir nicht fürchten, daß sie jene Gerechtigkeit gegen unsere Seite unausgeübt lassen. In dieser Beziehung muß freilich unser Glaube und unser Vertrauen über den Belehrungen der Geschichte der neuesten Zeit stehen.

Aus der Gegend des Zabergaus. Ein Schreiben im Schwäbischen Merkur sagt über die Stimmung des Landvolks in dortiger Gegend unter Anderm:

Der Bauer, welcher sich selbst mit vieler Zuversicht einen rechtigen politischen Takt zuschreiben beginnt, als dem aufgeregten Städter, kann nicht einsehen, über was er denn eigentlich jubilitiren soll. Daß aus dem Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit eine billigere Vertheilung der Lasten hervorgehe, läßt er sich zwar gerne nahe legen, aber für den Augenblick sieht er doch nur größere Ausgaben und kleinere Einnahmen, als sonst, vor sich. Des Wilschadens und des „Befehlers“ los zu seyn, freut man sich allerdings, aber daß nun Alles befehlen und Niemand mehr gehorchen will, ist dem soliden Bauern kein kleines Aergerniß, indem er zu sehen muß, wie die Holzdiebe den Wald systematisch ruinieren und die Freischützen, welche sich aus verschiedenen Gemeinden haufenweise begegnen, nicht nur wechselseitig die Büchsen auf einander abdrücken, sondern ihn selber mit Drohungen von seinem Acker heimschicken, und endlich auf harmlose Wanderer ansetzen. Die Auflösung des Bestehenden, der religiösen und sittlichen Grundlagen des öffentlichen und gemeinsamen Lebens sieht „der gemeine Mann“ fortschreiten, ohne daß er den Aufbau einer neuen, festbegründeten Ordnung wahrnehmen kann.

Mit Recht fürchtet man auf dem Lande, ohne es sich immer klar bewußt zu seyn, die Herbeiführung von sozialen Zuständen, wie sie die Schweiz in raschem Fortschritte aufweist, wo man — neben Anerkennung gewisser republikanischen Vorzüge — schon vor zehn Jahren die bittersten Klagen darüber vernahmen konnte, daß die Freiheit und Zügellosigkeit der Jugend mit der Entfallung einer gebaltlosen Schulzucht und der Verarmung und Belastung der Gemeinden mit der unbeschränkten Pflanz- (Kneipen-) Vermehrung und dem zunehmenden Wirtschaftsaus-Regimente gleich starken Schritt halte, und wo neulich in einem großen Dorfe (Schwarzenberg in Bern) vier Tage lang mit der Verabschiedung von Armen an Kostreicher fortgefahren wurde.

Der Landmann wünscht Rückkehr fester Ordnung um jeden Preis, damit nur die letzten Reste von Wohlstand nicht vollends in Trümmer gehen. Die Wähler, an welchen es nirgends fehlt, machen ihm ohnehin mit neuen Märzfrauen bange, und in der That könnte man in den Schaaren von Landstreichern, welche seit einigen Wochen die besseren Häuser in unsern Dörfern wieder einmal brandschlagen und häufig altbekannte Gesichter zeigen, bereits die Vorläufer davon sehen, wenn man nicht für den Augenblick von einem noch bedenklicheren Umstände in Anspruch genommen wäre, nämlich von den zahlreichen Feuersbrünsten, welche in der ganzen Umgegend von Heilbronn Tag für Tag ausbrechen, und so zuverlässig auf Brandstiftung hinweisen, daß man in Heilbronn von Seiten des Stadtraths auf Entdeckung der Brandstifter Prämien ausgesetzt hat, und in andern Orten Untersuchung darauf anstellt. (Auf vier Stunden Entfernung in 14 Tagen 10 Feuersbrünste!)

Angesichts dieser Zeitercheinung sollte doch allen Denjenigen, welchen es nicht um einen allgemeinen Brand zu thun ist, das „Zündeln“ auf dem Land herum vergehen! Aber nein, sie gehen mit dem Feuer um, wie die Kinder, und wenn sie sich hernach die Flammen über den Kopf wachsen sehen, wird es auch für sie heißen: zu spät!

Mainz, 23. Febr. Durchschnittspreise der in Mainz vom 17. bis zum 23. Febr. verkauften Früchte: — Weischofn, per Mtr. zu 140 Pfd., 8 fl. — kr. — Roggenmehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 5 fl. 45 kr. — 308 Säcke zu 200 Pfd. Weizen, 9 fl. — kr. — 59 Säcke Korn 6 fl. — kr. — 100 Säcke Gerste, 5 fl. 41 kr. — 76 Säcke Haber, 5 fl. 56 kr. Hieron wurden in der Halle verkauft: 250 Säcke Weizen, 9 fl. — kr. — 59 Säcke Korn, 6 fl. — kr. — 74 Säcke Gerste, 5 fl. 40 kr. — 76 Säcke Haber, 5 fl. 56 kr. Außerhalb derselben: 58 Säcke Weizen, 9 fl. 2 kr. — 26 Säcke Gerste, 5 fl. 44 kr.

Dresden, 20. Febr. Je wichtiger die Stimme eines so vorzugsweise industriellen Landes, wie Sachsen, erscheinen muß, und je mehr man seither voraussetzen gewohnt war, daß dasselbe der sogenannten Freihandelspartei sich anzuschließen geneigt sey, desto mehr Interesse wird die Erklärung in Anspruch nehmen dürfen, welche in dieser Beziehung heute von der Ministerbank aus gegeben wurde. Die sächsische Regierung ist der Ansicht, daß das Freihandelsystem für jetzt unbedingt zu verwerfen, und ein mäßiges

Schutzsystem, welches gleichmäßig in allen Theilen von Deutschland festgesetzt werde, ein unabwiesbares Bedürfnis sey.

Auf diesen Grundlagen wird die Regierung einen Zolltarif ausarbeiten lassen, der in Frankfurt zur Berücksichtigung vorgelegt werden soll, und aus welchem im Einzelnen bereits angeführt werden kann, daß derselbe im Interesse der Spinnerei und Weberei bedeutend höhere Zollsätze, aber mit Rückwärts, festsetzt.

Dies ist ein wichtiger Fortschritt, wenn man bedenkt, daß die frühere Regierung, blind von Preußen beherrscht, hartnäckig am englischen Interesse festhielt, die Vereinszölle in der Art bestimmen half, daß der Arbeitslohn in England verbietet werden mußte, anstatt in Deutschland, sich jeder Vermehrung des Erwerbs widersetzt, und nach dieser geistreichen Leistung sich hintendrein eben so geistreich verwandte, wenn die Bevölkerung des Erzgebirges aus einer Hungersnoth in die andere fiel. Jetzt, da selbst in dem kleinasiatischen und so lange rückständig gewesenen Sachsen eine hellere Einsicht durchgebrochen ist, darf man wohl auch von Berlin allmählig Besseres erwarten.

Hannover, 21. Febr. (3. f. Nordb.) In der Zweiten Kammer legte Stäve die in der Ministerkrisis zwischen dem König und dem Ministerium gewechselten Aktenstücke, das Schreiben des Ministeriums und ein Schreiben des Königs vor; letzteres theilen wir in den Hauptsätzen mit:

Meine Herren! Aus Ihrem Schreiben vom 19. dieses Monats habe ich gesehen, welche Abstimmung in Zweiter Kammer Sie hat veranlaßt, Ihre Entlassung einzugeben. Ihre Gründe kann ich nur richtig halten; aber ich beklage die Sache sehr, weil ich nicht glaube finden zu können ein Ministerium von patriotischen Männern, welche mein Vertrauen und das des Landes verdienen; bevor ich Ihre Entlassung annehme, ich werde erwarten müssen das Schreiben der Stände, und wenn es so ist, als Sie glauben es wird seyn, muß ich versuchen, ob ich kann finden ein Ministerium von ehrlichen Männern. Sie haben, meine Herren, in Ihrer Verwaltung mit großer Umsicht und Redlichkeit Grundzüge aufgestellt, und ich beklage das Land, das die Ausführung nicht soll von Ihrer Hand haben. Kein Mann kann eine Sache so ausführen, wie sie ihm ein Anderer hat gemacht. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherigen Dienste. Auch wenn wir müssen uns trennen, behalten Sie das volle Vertrauen Ihres Königs.

Aus Holstein, 19. Febr. Sie wissen, welche Aufregung derjenige Sag der preussischen Zirkularnote im Lande hervorrief, der von dem „deutschen Gebiete Dänemarks“ in einer Weise sprach, die wenigstens so gedeutet werden konnte, als ob ein Ausscheiden des Herzogthums aus dem engern Verbande mit Deutschland als möglich gedacht werde. Auch die gemeinsame Regierung hielt es für ihre Pflicht, bei der Zentralgewalt gegen eine solche Eventualität entschieden zu protestiren, und jetzt ist die Rückäußerung der Zentralgewalt darauf eingelaufen. Es spricht dieselbe auf das bestimmteste die Ansicht aus, daß jene Note nicht die Beforgniß begründen könne, als werde im Ernste die Möglichkeit in Aussicht genommen, Holstein von der unbeschränkten Theilnahme an der Entwicklung Deutschlands auszuschließen, wie denn auch die Nationalversammlung einen solchen Vorschlag, wenn er je gemacht werden könnte, niemals sich aneignen würde.

Es steht jetzt nur zu hoffen, daß dieser Erklärung baldigt die nöthige Deffentlichkeit gegeben werde, damit sie zur Beruhigung das Ihrige beitrage.

Berlin, 21. Febr. In Betreff des Belagerungszustandes der hiesigen Hauptstadt will man in wohlunterrichteten Kreisen wissen, daß derselbe, falls auch die Kammern einen Antrag auf die Aufhebung desselben stellen sollten, dennoch nicht aufgehoben werden könne, indem das Staatsministerium aus wichtigen Gründen, die den betreffenden Ausschüssen der Kammern mitgetheilt werden sollen, die Verantwortlichkeit der Aufhebung des Belagerungszustandes Berlins, dem preussischen Gesamtstaate gegenüber, nicht zu übernehmen vermöge. Sind die vorliegenden Gründe so erheblicher Art, so möchte auch auf eine Zustimmung der beiden Kammern zu rechnen seyn.

Der König von Hannover hat den ihm angehörigen, hier unter den Linden befindlichen Pallast an unsere Regierung verkauft. In diesen Pallast wird das Kultusministerium, welches sich zur Zeit in der hiesigen Wilhelmstraße befindet, verlegt werden.

Aus Köln befindet sich gegenwärtig der Oberregierungs- rath v. Nolschhausen hier, um eine bedeutsame und umfassende Arbeit zu leiten. Man wird sich der von der Rheinprovinz oft erhobenen Klage erinnern, daß die westlichen Provinzen im Vergleich zu den östlichen Provinzen eine höhere Grundsteuer entrichten. Es werden nun, um die Sachlage auf das genaueste zu erforschen, sämtliche Grundstücke der östlichen Provinzen von neuem vermessen werden; eine Arbeit, die außerordentliche Kräfte in Anspruch nimmt. Die Leitung dieser Arbeit hätte wohl keinem geeigneteren Manne, als Hrn. v. Nolschhausen übertragen werden können, da die Vermessung der Grundstücke in den westlichen Provinzen ebenfalls unter der Oberaufsicht dieses Mannes stattgefunden hat. Man zweifelt indessen, daß das Ergebnis der neuen Vermessung in den östlichen Provinzen eine Verminderung der Grundsteuern in den westlichen Provinzen zur Folge haben werde; vielmehr dürfte die sich etwa ergebende Erhöhung der Grundsteuern in den östlichen Provinzen den gesteigerten Bedürfnissen des Gesamtstaates zu gute kommen.

Koblenz, 18. Febr. (D. Ref.) Auf den benachbarten Eisengießereien der Sayner Hütte herrscht gegenwärtig eine außergewöhnliche Thätigkeit, indem eine große Anzahl von Arbeitern mit Anfertigung mehrerer Hunderte von Geschützen für die deutsche Marine beschäftigt ist. Es sind meist 24- und 35-Pfünder, welche jetzt gegossen werden, wonach eine Anzahl Bombenkanonen schwersten Kalibers, meist 64-Pfünder, an die Reihe kommt.

Wenn es mit dem Bau der Kriegsschiffe so rasch von

Stätten geht, als zu Sayn mit Fertigstellung des nöthigsten Armierungsgegenstandes für dieselben, so werden wir bald eine achtunggebietende Seemacht haben.

Brinn, 12. Febr. (Prag. 3.) Die Nachfrage nach Wolle ist ungeheuer: die feine und Mittelforte ist seit 14 Tagen um 5-10% gestiegen. Ich glaube, daß dieses Steigen nicht durch eine ungewöhnliche Vermehrung der Fabrikate im Vergleich zu den früheren Jahren, sondern einfach durch den Entgang ungarischer Wolle hervorgerufen wurde. Unsere Fabriken arbeiten ziemlich stark und versenden viel nach dem Orient; sogar nach Italien werden unsere Wollzeugnisse geschickt, allein als Schmuggelwaaren durch die Schweiz, um die Nationalantipathien zu umgehen.

Wien, 20. Febr. (Allg. 3.) Aus Siebenbürgen lief heute die Nachricht ein, daß die Infurgentenarmee unter General Bem vom Feldmarschall-Leutnant Puchner (mit welchem sich der General Gedeon vereinigt hatte) in der Nähe von Hermannstadt gänzlich geschlagen und zerstreut worden sey.

Der Feind soll 25 Kanonen verloren haben und eine ungeheure Anzahl an Todten und Verwundeten zählen, da die Schlacht sehr blutig gewesen. Besonders soll die polnische und die sogenannte Wiener Legion mit großer Todesverachtung gekämpft und das Schlachtfeld mit ihren Leichen bedeckt haben. General Bem soll verwundet und mit dem Rest seiner Streitkräfte geflohen seyn.

Wir erwarten mit Ungebuld Näheres über diesen wichtigen Sieg. Ueber den Einmarsch der Russen herrscht noch immer Ungewißheit.

Vorgestern Nachts ist hier leider wieder ein Attentat auf einen einzelnen Wachposten verübt worden. Fünf Kerle überfielen einen armen Soldaten, und einer der Glenden verwundete denselben mit einem Dolche.

Wien, 20. Febr. (Schwäb. M.) Heute war eine Feierlichkeit auf dem innern Hofburgplatz unter den Fenstern des Gouverneurs v. Welden, wobei ein Korporal, ein Trommler, und zwei Gemeine mit Dekorationen ausgezeichnet wurden, die sich in Ungarn durch mutige und kluge Ueberrumpelung eines Dorfes verdient gemacht hatten. Das Publikum brach dabei in lautes Lachen aus; die Tapferen wurden vom Feldmarschall-Leutnant Welden zur Tafel gezogen.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Der „Verein des Staatsraths“, der sich bekanntlich aus früheren Mitgliedern des sogen. Institutsvereins bildete, hat gleich andern parlamentarischen Vereinen sein Augenmerk schon auf die nächsten Wahlen gerichtet, und zu diesem Zweck ein besonderes Komitee niedergesetzt, wozu unter Andern die H. Garnier-Pagès, Pagèrre, Barthélemy Saint-Hilaire, Duclerc gehören. Das Journal des Debats theilt nun die Ansprache mit, welche der Verein als sein Glaubensbekenntniß für die Wahlen ergehen läßt: dieselbe führt die Ueberschrift „Manifest der gemäßigten Republik“, und lautet, wie folgt:

Die unterzeichneten Repräsentanten, nachdem sie stets inmitten der verfassunggebenden Versammlung die Politik einer versöhnlichen Mäßigung geübt, für welche sich mehrere Vereine und unter Andern auch jener des Staatsraths und der des Instituts gebildet hatten, glauben sich verpflichtet, in einer loyalen Erklärung den Gedanken genau zu bezeichnen, der, wie sie meinen, die neuen Wahlen beherrschen müsse, um den Bedürfnissen der neugefalteten Verhältnisse und Lage zu entsprehen.

Frankreich ist am Vorabend einer großen, — einer entscheidenden Probe. In einigen Wochen wird es — zur Vollständigung seiner Institutionen — zur Wahl der Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung berufen werden.

Das französische Volk, welches das allgemeine Wahlrecht schon feierlich angewendet und dabei bewiesen hat, daß es die Pflichten erfaßt habe, welche ihm die Ausübung seines Souveränitätsrechtes auferlegt, dasselbe Volk wird sicherlich auch diesmal dafür sorgen, daß aus den Wahlurnen ein Ergebnis hervorgehe, welches die Befestigung der Ordnung, des Friedens, und der Gesellschaft mit Sicherheit verbürge.

Die Regierung, welche die Republik vom Jahr 1848 zu organisiren hat, ist berufen, die Revolution zu beschließen, nicht aber sie fortzusetzen.

Unverhofft — aus Verwicklungen und aus Fehlern, die der Vergessenheit zu übergeben sind, entstanden, — soll die Republik nicht das Werk einer Partei, — sondern das Werk des Fortschritts und der Nothwendigkeit seyn. Ihr Daseyn beruht theils auf ihrer augenscheinlichen Gesetzmäßigkeit, theils auf der bewährtesten Dynastie aller andern Regierungsformen; ihre Ehre besteht darin, daß sie eine Regierung für Alle sey, alle Kräfte und Fähigkeiten der Gesammtheit in Anspruch nehme, das Vertrauen Aller erwecke, und die Ergebnisse Aller sich verdiene; ihre Kraft ist die rationelle Entwicklung aller Rechte, — die Veredelung aller Pflichten; ihre Wirksamkeit sey die Wohlfahrt des ganzen Volkes, welches die größte Wohlthat darin finden wird, wenn sie Arbeit und Verdienst vermehrt und befördert, um die Grundpfeiler für die Erhaltung des Eigenthums immer mehr zu befestigen, und die thätige Theilnahme an nicht verdrängtem Unglück — an schuldlosem Leide — in immer ausgedehnterem Maße zu verbreiten.

Es mögen die Wähler weder durch Unentschiedenheit noch durch Schwäche oder strafbare Leidenschaftlichkeit die öffentliche Ordnung gefährden, die durch die wiederholten Siege über die Anarchie und die stets wachsenden Fortschritte im Geiste der Versöhnung — noch kaum befestigt ist.

Setzen wir das begonnene Werk fort, indem wir es verbessern; hüten wir uns, es umzustürzen, welche Mängel es auch haben mag; denn jede neue Umwälzung, jeder Versuch einer Gegenrevolution würde, — nach so schweren Leiden, — nach so erschütternden Erfahrungen, selbst das Leben der Gesellschaft in Gefahr bringen. Mit aller Entschiedenheit müssen wir dem ungemessenen Laufe der Revolutionen ein Ziel setzen. Jede Intrigue, jedes Komplott gegen unsere

republikanischen Institutionen wäre Verbrechen. — Da s mögen sie wissen, die zum Gewebe des Verraths und der Empörung die Fäden spinnen und bereiten wollten! Unter welchem Deckmantel sie auch ihr Beginnen verbergen und durch welchen Vorwand sie es auch beschönigen möchten, sind sie nicht weniger schuldig und nicht minder anarchoisch, als die wilden Ruhestörer, welche unsere Straßen mit Blut besiedelt haben; denn auch sie bereiten den Bürgerkrieg.

Als Bedingung unserer Wahlen verlangen wir die ausdrückliche und unumwundene Zustimmung zu den — im Namen der Nation durch die Einstimmigkeit der verfassunggebenden Versammlung gegründeten Institutionen, dann aber auch einen freien, rückhaltlosen Ausspruch für den durch die allgemeine Wahl gewählten Präsidenten. Das Volk hat durch die feierliche Wahl des 10. Dezember den glorreichen Namen Napoleon's der Befestigung der Republik beigegeben wollen. Gute Bürger müssen früheren Zwiespalt aufheben, alten Haber vertilgen, — und verschmelzen müssen ihre Meinungen in der einen Gesinnung, welche von nun an die Ordnung, die Ruhe, und die allgemeine Wohlfahrt für die Dauer verbürgt.

Um dies Ziel zu erreichen, glaubten wir — in diesem Geiste — an unsere Mitbürger uns wenden zu sollen. Möge die Einsicht des Volkes sie entmutigen — jene unfruchtbaren Hoffnungen, welche ihr Heil in der Wiederkehr einer Vergangenheit suchen, die nur mit blutigen Kämpfen — gewiß aber niemals auf die Dauer wiedergeboren werden kann; — entmutigen jene unsinnigen Systeme, welche mit ihren eiteln und bis zur Abgeschmacktheit thörichten Utopien die Menschen berücken und die heiligsten Grundsätze der gesellschaftlichen Ordnung auf das Spiel setzen. — Wir wollen es nur mit Solchen zu thun haben, die wahr und aufrichtig, was besteht, befestigen — und verbessern wollen, — auf gesetzlichen Wegen, mit Weisheit, — Vorsicht, — und im Frieden, — auf daß die Zukunft des Landes an eine redliche, feste, und versöhnliche Regierung übergehe. Ja! darauf beruht das Heil des Landes! — und kein Preis ist zu theuer — es zu erkaufen! Glücklich würden wir uns fühlen, wenn wir vermöchten, unsere durch die schmerzlichsten Erfahrungen gewonnene Ueberzeugung auch in das patriotische Bewußtseyn der Wähler zu übertragen; und glauben würden wir, dem Vaterland einen der wesentlichsten und segensreichsten Dienste geleistet zu haben.

Paris, 21. Febr. Gestern war auf der Börse das Gerücht verbreitet, die französische Regierung habe von ihrem Bevollmächtigten auf dem Brüsseler Kongress ungünstige Nachrichten über den Gang der dortigen Unterhandlungen erhalten. Man wollte wissen, die von dem österreichischen Bevollmächtigten vorgelegten Bedingungen zum Zwecke der Friedigung Italiens seyen von den Bevollmächtigten Sardiniens und Toskana's kurzweg zurückgewiesen worden, so daß eine weitere Verhandlung sich als überflüssig herausstelle.

An diesen Gerüchten aber, welche auf der gestrigen Börse die Papiere um 50 Centimes herabdrückten, ist kein wahres Wort. Der Komthur Martini, der als Bevollmächtigter von Toskana in Brüssel die Vorschläge Österreichs zurückgewiesen haben soll, befindet sich gar nicht dort, sondern verweilt hier in Paris, da er in Folge der letzten Ereignisse in Toskana seine Entlassung eingewirkt hat. Es ist übrigens bereits ein Nachfolger für ihn bestimmt, indem laut dem Monitore toscano die neue toskanische Regierung den Obristen Frapoli, einen lombardischen Flüchtling, zum Bevollmächtigten bei dem Brüsseler Kongress ernannt hat.

Da sowohl England als Frankreich dahin übereingekommen sind, weder die revolutionäre Regierung in Rom noch die in Florenz anzuerkennen, so ergibt sich von selbst, daß sie den Obristen Frapoli nicht zu den Brüsseler Konferenzen zulassen können. Toskana bleibt somit ohne Bevollmächtigten in Brüssel, was natürlich die Eröffnung des Kongresses abermals auf die lange Bank schiebt.

Was den österreichischen Bevollmächtigten (Graf Colloredo) anbelangt, so wird er sich vor Beginn der Brüsseler Konferenzen zuerst nach London begeben, woselbst er als außerordentlicher Gesandter des Kaisers von Oesterreich beglaubigt ist. Graf Colloredo will jedenfalls mit Lord Palmerston die Frage ins Reine bringen, daß auf dem Brüsseler Kongress von keiner Territorialänderung in Italien die Rede seyn könne, da Oesterreich sich niemals darauf einlassen werde, noch dürfe.

Von französischer Seite wird man in keiner Weise auf eine Aenderung der Verträge von 1815 dringen; denn Ludwig Napoleon fühlt sehr wohl, daß andere Fragen, welche die innere Lage Frankreichs betreffen, seine Aufmerksamkeit näher in Anspruch nehmen, so daß sich Frankreich in die italienischen Handel nicht weiter einzumischen gedenkt, als nöthig seyn wird, um die Ruhe von Mittelitalien herzustellen. An der Gründung des vielbesprochenen Königreichs Norditalien mag und will sich der Präsident der Republik nicht im mindesten betheiligen. Auch die vorzüglichsten Organe der französischen Presse theilen diese Ansicht. Das Journal des Debats, die Presse, und der Constitutionnel stimmen darin überein, daß Frankreich, seit die italienischen Radikalen sich gegen Pius IX. und den Großherzog Leopold eines so schwarzen Ländankes schuldig machten, mit jenen Nichts mehr gemein haben darf, sondern Italien seinem eigenen Schicksal überlassen soll. Um so sonderbarer erscheint es, daß so manche deutsche, selbst katholische Blätter, wie z. B. die Kölnische Zeitung, unermülich die Tendenzen der italienischen Wähler und Umstürzer lobhudeln.

Paris, 22. Febr. Die Regierung hat einen Kurier nach Florenz abgehen lassen, um dem Bevollmächtigten der französischen Republik daselbst jeden amtlichen Verkehr mit der dortigen provisorischen Regierung zu untersagen.

Die Artillerielegion der Nationalgarde von Dijon, gleich der Pariser Artillerielegion aus den radikalsten Elementen zusammengesetzt, ist von der Regierung aufgelöst worden.

Eine gestern eingetroffene telegraphische Depesche berichtet von Ruhestörungen in Nior. Die Veranlassung war die befohlene Verlegung einer Abtheilung des 2. Jägerregiments. Man errichtete Barrikaden und es fielen einige Verwundungen vor.

Paris, 22. Febr. Der Kongress in Brüssel geräth ins Stocken, noch ehe er recht angefangen hat. Dr. Lagrèné, der die seitige Bevollmächtigte, ist gestern Abend nach Paris zurückgekehrt, um, wie man sagt, den Minister des Auswärtigen zu ersuchen, ihn dieser lästigen Sendung zu entheben. Namentlich sollen die italienischen Delegirten den französischen Bevollmächtigten so sehr bestürmt und belästigt haben, daß er in Brüssel seine leibliche Ruhe nicht hatte.

Großbritannien.

London, 19. Febr. (R. 3.) Zu Glasgow sind vorgestern im Theater in Folge von Feuerlärm, der durch Gasentzündung entstand, 64 Personen, fast sämmtlich Knaben von 14 bis 17 Jahren, die sich auf der obersten Gallerie befanden, beim Hinunterdrängen auf der engen Wendeltreppe, wo sie von den Nacheilenden niedergeworfen und unter die Füße getreten wurden, jämmerlich ums Leben gekommen. Das Feuer wurde sogleich gelöscht, ohne daß das Theater Schaden erlitt. Das Unglück war einzig die Folge panischen Schreckens.

Vermischte Nachrichten.

— Immer verlockendere Nachrichten aus Kalifornien. Die Goldgegend erstreckt sich nun über einen Raum von etwa hundert deutschen Meilen; sie umfaßt das Flußgebiet und alle Gewässer auf der Ostseite des San Sacramento und auf der einen Seite des San Joaquin. Ich habe, so schreibt ein amerikanischer Berichterstatter, zugehört, wie man aus dem Gestein ganze Klumpen Gold herauszuschlug, während ich mein Pferd grasen ließ. Als ich eines Mittags an einem von „Gräbern“ bisher nicht bekannten Bache hielt, griff einer meiner Begleiter in den Sand, nahm dann eine Pfanne, um Goldsand zu waschen, und hatte nach etwa fünf Minuten so viel, wie drei Dollars werth sind. Goldklumpen im Gewicht von einem Pfunde sind nichts Seltenes mehr. Die Indianer geben willig für ein Kattunhemde zwei Loth Gold. Uebrigens sind die Goldgegenden am Sacramento von Anfang Juli bis Oktober dem Fieber unterworfen; im Winter ist es zu kalt zum Waschen. Vortreffliche Geschäfte machen in den Fiebermonaten die Aerzte, die für jeden ärztlichen Rath eine Unze Gold, für jeden Besuch 12 Loth Gold, eben so viel für ein Loth Chinin, Calomel, und Jalappa erhalten. Getrocknetes Rindfleisch kostet in der Goldregion das Pfund 1 bis 2 Dollars, gefalzenes Rind- oder Schweinefleisch 50 bis 100 das Maß, Mehl das Maß 30 bis 75; Kaffee, Zucker, Reis das Pfund 1 Dollar. (1 Dollar = 2 fl. 30 kr.) Barbier sind überflüssig, da Niemand Zeit hat, sich den Bart abnehmen zu lassen. Pferde werden mit 100 bis 300 Dollars bezahlt. Für Pistolen, Pulver, und Blei erhält Jeder, was er fordert. Ein Arzt in San Francisco hatte sich dort eine Maschine zum Goldwaschen verfertigen lassen; ein Mann, der ein Pferd besaß, wollte sie nicht unter 100 Dollars Fuhrlohn an Ort und Stelle schaffen. Der Arzt gab die Summe; als aber der Fuhrmann, der auch Goldgräber geworden war, im Juli erkrankte und den Arzt rufen ließ, mußte er diesem gleichfalls 100 Dollars für den Befrach zahlen.

Frankfurter Kurzzettel. Geldkurs.

Gold.		Silber.	
fl.	kr.	fl.	kr.
Neue Louisdor . . .	11 5	Laubthaler, ganze . .	2 43
Friedrichsdor . . .	9 54	ditto halbe . . .	1 16
Preussische ditto . .	9 55 1/2	Preuss. Thaler . . .	1 45
Holl. 10 fl. Stücke . .	10 1	ditto in Scheinen . .	1 45 1/2
Dukaten	5 36	Fünffrankenthaler . .	2 21 3/4
20-Frankenstücke . .	9 35	Silber, hochhaltig . .	24 28
Engl. Sovereigns . . .	12 2	ditto gering und mit-	
Gold al Marco	383 —	telhaltig	24 18

Frankfurt, 23. Februar. Von Fonds waren heute nur allein die 3 1/2 Spanier, wegen ihres Steigens in Madrid, zu besserer Kurse mehr begehrt. Es fanden darin mehrere Umsätze statt. In allen übrigen Gattungen, so wie in Eisenbahn-Aktien, war das Geschäft wenig belebt, jedoch blieben sie zum Theil etwas höher, als gestern. Nach der Börse ohne Bewegung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 10., 11. Febr.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10° R. . .	28°5.0	28°5.5	28°6.0
Temperatur nach Reaumur . .	5.3	3.8	7.8
Feuchtigkeit nach Prozenten . .	0.83	0.95	0.55
Wind und Stärke (4=Sturm) . .	SW	SW	SW
Bewölkung nach Zehnteln . . .	1.0	1.0	0.7
Niederschlag Par. Kub. Zoll . .	—	15.7	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe . .	0.46	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	2.7	2.7	2.2
10. Februar.	trüb.	trüb.	bb. trüb.
Therm. min. 3.4			Nachts
„ max. 5.5			abwechselnd
„ med. 4.7			unterbrochen
			heiter.
Am 11., 12. Febr.			
Luftdruck red. auf 10° R. . .	28°7.3	28°6.9	28°5.9
Temperatur nach Reaumur . .	5.0	0.7	5.9
Feuchtigkeit nach Prozenten . .	0.70	0.90	0.65
Wind und Stärke (4=Sturm) . .	SW	SW	SW
Bewölkung nach Zehnteln . . .	0.6	0.3	0.6
Niederschlag Par. Kub. Zoll . .	—	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe . .	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	2.2	2.0	2.2
11. Februar.	bd. trüb.	untr. heiter,	durchbrochen
Therm. min. 3.8		Duft, Riff,	trüb.
„ max. 7.8		Etä.	
„ med. 5.6			

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

